



# **Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum « projet de loi no 4486 concernant l'aménagement communal et le développement urbain »**

**Januar 2004**

---

---

# **Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum « projet de loi no 4486 concernant l'aménagement communal et le développement urbain »**

**Januar 2004**

---

## **Die Gesetzreform in einen Gesamtzusammenhang setzen**

Im Laufe dieser Legislaturperiode ist das Landesplanungsprogramm („programme directeur de l'aménagement du territoire“) nach einer Debatte in der Abgeordnetenkammer in seiner definitiven Form veröffentlicht worden. Es enthält zukunftsweisende politische Optionen für eine nachhaltige räumliche Organisation und Entwicklung in unserem Land. Diese politische Optionen bedürfen einer konkreten Umsetzung in den jeweiligen Gesetzen bzw. nachgeordneten Planungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ebenso wurde ein Plan für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet, der Ziele betreffend den Raumverbrauch, die Energienutzung, den Naturschutz u.a. formuliert.

Der Mouvement Ecologique begrüßt, dass nun auch die Reform des Gesetzes betreffend die kommunalen Flächennutzungs- und Amenagierungspläne und die Dorf- und Stadtentwicklung endlich in der Abgeordnetenkammer zu einer Entscheidung ansteht.

Eine Reform des Gesetzes von 1937 macht jedoch nur dann Sinn, wenn eine konkrete Verbindung mit dem Landesplanungsgesetz bzw. –programm sowie dem Naturschutzgesetz (das ebenfalls in dieser Legislaturperiode reformiert wurde) sowie dem nationalen Plan für eine nachhaltige Entwicklung (1999) ausdrücklich und rechtsverbindlich hergestellt wird.

Dies ist – trotz einer ganzen Reihe von begrüßenswerten Neuerungen im vorliegenden Reformtext – nur ansatzweise erfolgt. Der Mouvement Ecologique erlaubt sich im folgenden eine allgemeine Stellungnahme zum Reformtext abzugeben, in welcher vor allem auch diesbezüglich konkrete Abänderungsvorschläge vorgelegt werden.

Der Mouvement Ecologique hat eine Reihe konkreter Vorschläge zu verbesserungswürdigen Artikeln formuliert. So manche positive Neuerung im Gesetzesprojekt findet selbstverständlich die Zustimmung des Mouvement Ecologique; allerdings würde es wenig Sinn machen und auch die Durchsicht des folgenden Papieres nicht erleichtern, wenn diese zusätzlich angeführt würden.

## **Kohärente inhaltliche Ziele festlegen – Artikel 2 und 3**

---

Der Mouvement Ecologique bedauert, dass das vorliegende Gesetzesprojekt vor allem ein eher organisatorisches Gesetz ist, das vor allem Entscheidungsprozesse/ -prozeduren bzw. ein entsprechendes Regelwerk sowie Strukturen festlegt.

So wesentlich ein solches Regelwerk auch ist, so ist es aber nach Ansicht des Mouvement Ecologique darüber hinaus zwingend, ausdrücklicher als im Gesetzesprojekt bisher erfolgt, verpflichtende inhaltliche **Ziele** im Gesetz zu verankern.

Wie in einer Reihe von diversen Gutachten zum Gesetzesprojekt in diesem Sinne ebenfalls hervorgehoben, reicht die alleinige Aussage, die Entwicklung habe gemäss den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung zu erfolgen, **nicht** aus, ebenso wenig die recht allgemeine Definition des Begriffes des “développement urbain”.

Der Mouvement Ecologique schlägt vielmehr die Erstellung einer detaillierteren konkreten Auflistung mit klaren Zielen für das vorliegende Gesetz vor, wie es sie z.B. im deutschen allgemeinen Städtebaurecht (siehe Anhang) der Fall ist und fordert die Abgeordnetenkommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass ähnliche verpflichtende Ziele im neuen Luxemburger Gesetz verankert werden. Ansonsten ist weiterhin ein Dissens in der rechtlichen und politischen Interpretation der Gesetzesparagrafen vorprogrammiert.

Der Staatsrat deutet in seinem Gutachten sogar an, dass eine Umsetzung des IVL durch das Gesetz gewährleistet werden müsste...

Als weiteres absolutes Minimum betrachtet der Mouvement Ecologique, dass in Artikel 2 ein direkter Bezug zum Plan für eine nachhaltige Entwicklung (der mit konkreten Zielen versehen ist) sowie zu den Vorgaben des “programme directeur” der Landesplanung hergestellt wird.

Auf diese Weise würde das vorliegende Gesetzesprojekt eine dringend notwendige inhaltliche Zielausrichtung erhalten: das Gesetz stellt in der Tat ein wesentliches Umsetzungsinstrument der beiden genannten politischen Rahmenwerke dar!

Des Weiteren sollte als Zielsetzung auch die soziale Komponente stärker integriert werden. Auch gilt es den Begriff der Ökologie nicht zu vergessen (wobei dieser im Rahmen diverser Artikel im Gesetzesprojekt konkretisiert werden sollte).

**Dies würde bedeuten, dass Artikel 2 mit folgendem Zusatz ergänzt werden müsste:**

*“Le développement urbain et l'aménagement communal ont pour objectifs d'assurer à la population de la commune des conditions de vie optimales par une mise en valeur harmonieuse et un développement durable de toutes les parties du territoire communal. A cet effet ils ont principalement pour mission de concevoir, de développer, de coordonner et de mettre en oeuvre, au niveau communal, les moyens nécessaires pour garantir:*

1. *l'utilisation rationnelle du sol et de l'espace tant urbain que rural en organisant sa mixité fonctionnelle **et sociale ainsi que** et sa densification, tout en garantissant à la*

- fois la qualité de vie des habitants et la qualité urbanistique des localités et agglomérations,*
- 2. le développement harmonieux des structures urbaines et rurales, y compris les réseaux de communication et d'approvisionnement indispensables y relatifs en garantissant compte tenu de leurs spécificités respectives la complémentarité des objectifs économiques, écologiques et sociaux de leur développement durable*
  - 3. le respect de critères écologiques, du patrimoine culturel et naturel national et local ainsi que la sécurité, la salubrité et hygiène publique lors de la poursuite des objectifs définis ci-dessus.*

**Les finalités reprises ci-après sont notamment à prendre en considération dans la mise en œuvre de la présente loi: (relevé de finalités à l'exemple de la législation allemande)**

**Le plan national pour un développement durable ainsi que les orientations et les objectifs politiques du programme directeur de l'aménagement du territoire ainsi que les mesures y développées sont des éléments constitutifs du cadre d'action de la présente loi. »**

Es sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass es mittlerweile üblich ist, Gesetze mit derartigen klareren Zielen zu versehen.

**Ebenso müsste Artikel 3 / Punkt 2 in der Konsequenz wie folgt ergänzt werden:**

*“Le ministre de l'intérieur, désigné ci-après par les termes “le ministre”, participe à cet aménagement en approuvant ou en refusant d'approuver **sur la base des objectifs de la présente loi** les projets présentés par les communes et les particuliers. De même, sans préjudice des attributions confiées par la loi à d'autres membres du Gouvernement, le ministre coordonne l'action des communes et du Gouvernement dans le cadre de l'aménagement des communes. Il peut à cette fin adresser des recommandations aux communes.*

## **Strukturelle Aufwertung der Arbeit der “commission d'aménagement” – Artikel 4**

---

**Sowohl die Rolle als auch die Arbeit der “commission d'aménagement” sind derzeit recht umstritten – und dies aus durchaus verständlichen Gründen.**

Die Stellungnahmen der “commission d'aménagement” sind z.T. recht willkürlich und häufig nicht nachvollziehbar. Sie variieren stark, so hat man zumindest den Eindruck, je nachdem welche Kommissionsmitglieder an einer Sitzung teilnehmen oder nicht. Außerdem wird häufig seitens der Gemeinden bedauert, dass die Gutachten nicht in einem zufriedenstellenden Zeitrahmen vorgelegt werden. Ein nachvollziehbares Raster für die Gutachten der Kommission fehlt nach wie vor, ebenso wie ein systematischer Bezug der Gutachten auf das Programm der Landesplanung und den Plan für eine nachhaltige Entwicklung.

Diese und andere Aspekte führen dazu, dass von verschiedenen Seiten eine Einengung der Kompetenzen der Kommission befürwortet wird.

## Der Mouvement Ecologique ist jedoch der Überzeugung, dass

- einer unabhängigen, nicht in der Kommunalpolitik direkt eingebundenen Instanz eine große Bedeutung zukommt, um aufgrund der gebotenen Fachlichkeit und aus der Sicht übergeordneter Leitlinien der Landesplanung zu Projekten eine raumplanerisch und entwicklungspolitisch fundierte Stellungnahme abzugeben;
- es somit falsch wäre, die Kommission abzuwerten und in ihren Kompetenzen zu beschneiden;
- es vielmehr unerlässlich ist die heute festgestellten Probleme zu beheben und so auch einen Qualitätssprung in der Umsetzung der politischen Optionen der Landesplanung bzw. der nachhaltigen Entwicklung herbeizuführen.

## Über die im Gesetzesprojekt vorgesehenen Veränderungen hinaus schlägt der Mouvement Ecologique in diesem Sinne folgende Verbesserungen vor:

- Um eine vielfach festgestellte Subjektivität der Gutachten der Kommission zu unterbinden, sollte deutlich im Gesetz selbst festgehalten werden, dass sich die Kommission in ihrem Gutachten ausdrücklich auf die **Vorgaben** des Planes für eine nachhaltige Entwicklung sowie des "programme directeur" der Landesplanung beziehen muss.
- Auch die **Zusammensetzung** sollte überdacht werden. Der Mouvement Ecologique spricht sich dafür aus, dass zusätzlich zu den genannten Personen auch noch eine vom Umweltministerium vorgeschlagene Fachperson – so wie dies bisher auch der Fall war - sowie eine von "Sites et monuments" vorgeschlagene Fachperson in der Kommission vertreten sein müsste, um somit ein stärkeres Ineinandergreifen der verschiedenen Politikbereiche zu ermöglichen.
- Des Weiteren sollte es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit sein nicht mehr von "circulation" sondern von "déplacement" oder „mobilité“ zu sprechen ...

## Artikel 4 müsste deshalb wie folgt ergänzt bzw. abgeändert werden:

*"La commission se compose de **8 membres** permanents, dont un Président, issus d'administrations publiques ou d'établissements publics. Le Président est nommé par le Grand-Duc et les autres membres par le ministre.*

*En sus du Président, la composition de la commission est arrêté comme suit:*

- *un juriste*
- *un architecte qualifié en urbanisme / un urbaniste*
- *un ingénieur compétent de par ses fonctions en organisation et gestion ~~de la circulation~~ **de la mobilité***
- *une personne particulièrement qualifiée en raison de ses fonctions ou de ses compétences en aménagement du territoire*
- *une autre personne particulièrement qualifiée en raison de ses fonctions ou de ses compétences.*

- une personne qualifiée dans le domaine de l'environnement naturel proposée par le ministère en charge de ce domaine
- une personne qualifiée dans le domaine des Sites et Monuments Nationaux proposée par le Ministère en charge de ce domaine.

Dans ces propositions et avis la commission d'aménagement se basera notamment sur les objectifs de la présente loi ainsi que sur le programme directeur de l'aménagement du territoire resp. le plan national pour un développement soutenable.»

Außerdem geht aus den Unterlagen des Innenministeriums hervor, dass das großherzogliche Reglement betreffend die Arbeitsweise der Kommission bereits erstellt und dem Staatsrat vorgelegt wurde.

Dieser Reglementsentwurf ist angesichts des Stellenwertes der Kommissionsarbeit für die Umsetzung des vorliegenden Gesetzesprojektes von zentraler Bedeutung und müsste der Abgeordnetenkammer vorliegen bzw. gleichzeitig zur Reform des Gesetzes von 1937 diskutiert werden!

## Zielorientierte Erstellung des “Plan d'aménagement général” einer Gemeinde auch in den regionalen Kontext stellen - Artikel 7

---

- Grundsätzlich begrüßt der Mouvement Ecologique, dass der Begriff der “personne qualifiée” definiert wird. Vorgeschlagen wird jedoch im Sinne der Integration landesplanerischer Aspekte folgender Zusatz:

*“... Au sens de la présente loi, on entend par personne qualifiée toute personne physique ou morale membre de l'ordre des architectes et des ingénieurs-conseils de Luxembourg et inscrite, au vue de ses spécialisations, qualification et expérience avérées en matière d'urbanisme **et d'aménagement du territoire**, sur avis de la commission d'aménagement, sur une liste établie par le ministre.”*

- Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die regionale Dimension mehr und mehr Eingang ins Gedankengut und entsprechend auch in Gesetzestexte finden müsste. Vor allem die Raum- und Siedlungsentwicklung kann man nur begrenzt im kommunalen Kontext allein sehen, da so manche Entscheidungen direkten Impact auf die Region haben. Entsprechend wird vorgeschlagen das Gesetzesprojekt in diesem Sinne zu ergänzen.

*“Le plan d'aménagement général d'une commune **se base sur les buts définis à l'article 2 de la présente loi et** est élaboré sur base d'une étude préparatoire portant sur l'ensemble du territoire communal **et tenant compte également du contexte regional et national**. Le plan d'aménagement général se compose:*

*a) d'une analyse globale de la situation existante basée sur un inventaire portant sur le cadre urbanisé existant, sur la structure socio-économique, sur les équipements publics ainsi que sur les paysages et les éléments constitutifs du milieu naturel **tout***

**en intégrant le cas échéant les données et orientations du plan de développement communal et du plan vert.**

b) de la détermination d'une stratégie de développement pour le court, le moyen et le long terme développée à partir du contexte national et régional de l'aménagement du territoire et d'options politiques spécifiques à la commune

c) de propositions concrètes concernant la mise en oeuvre de cette stratégie.

*Un règlement grand-ducal précise le plan de l'étude préparatoire.*

**Auch das großherzogliche Reglement betreffend den Inhalt der "étude préparatoire" liegt bereits im Entwurf vor und wurde dem Staatsrat zugestellt. Der Mouvement Ecologique drängt auch in diesem Bereich darauf, dass dieses Reglement parallel zum Gesetzestext in der Abgeordnetenversammlung diskutiert wird.**

## **Inhalt des "plan d'aménagement général" – Artikel 9**

- Der Mouvement Ecologique kann den Vorschlag des Staatsrates nicht nachvollziehen, den im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen Teilsatz "ainsi que les étapes et modalités de la mise en oeuvre du plan d'aménagement général" zu streichen und versteht nicht, warum das Innenministerium diesen Vorschlag aufgriff. Der Mouvement Ecologique jedenfalls ist der Überzeugung, dass er beibehalten werden sollte, da eine Klärung der Phasen der Umsetzung ohne Zweifel sinnvoll ist.
- Auch hier gilt erneut die Anmerkung: es liegt ein Entwurf des Reglementes vor, welches den Inhalt des PAG regelt. Da dieses von entscheidender Bedeutung ist, muss es offen gelegt und gleichzeitig mit dem Gesetz diskutiert werden!
- Betreffend die Bestimmung, dass der Gemeinderat 6 Monate nach Amtseintritt über die Überarbeitung des PAG entscheiden muss – eine Vorgehensweise, die der Mouvement Ecologique an sich begrüßt – ist folgendes anzumerken:
  - \* Es sollte gewährleistet werden, dass die Dokumente, welche der Entscheidung für oder gegen eine Überarbeitung zu Grunde lagen (vor allem das vorgesehene Gutachten einer externen Person) ebenso wie die Stellungnahme des Schöffengerates als öffentliche Dokumente anzusehen sind und jedem auf Wunsch zugänglich gemacht werden müssen.
  - \* Des Weiteren ist nicht geklärt, was erfolgt, wenn der Innenminister die Entscheidung des Gemeinderates nicht gutheißt bzw. ein Dissens besteht. Der Gesetzestext sieht in der Tat lediglich vor, dass: "*Cette délibération est soumise à l'approbation du Ministre.*" Ein Konfliktfall würde wohl in Zukunft zu Debatten Anlass geben und sollte entsprechend bereits im Rahmen des Gesetzes geklärt werden.
- Des Weiteren gilt hier wieder die Anmerkung, dass das im Gesetzestext angeführte großherzogliche Reglement offen gelegt werden muss!

Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck darauf, dass in diesem Reglement der Energieaspekt als wesentlicher Bestandteil mit einbezogen wird! In der Tat können und müssen über die Raumplanung sowie die Vorgaben der Siedlungspolitik wesentliche Akzente im Sinne des Energiesparens und der regenerativen Energien gesetzt werden. Nur wenn auch auf dieser Ebene die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, wird es möglich sein, dass Luxemburg sich der Berücksichtigung der Kyoto-Ziele annähert.

## Zustellung des Entwurfes des PAG an die «commission d'aménagement» - Artikel 10

---

Es wäre sinnvoll, wenn im Gesetzestext selbst festgehalten werden würde, dass die Kommission der Gemeinde ein «récépissé de réception» zum Erhalt des fertigen Dossiers zustellen muss.

**Generell – weit über Artikel 10 hinaus – müsste darüber hinaus wohl klarer spezifiziert werden, ab wann die jeweils im Gesetzesprojekt verankerten Zeitspannen Gültigkeit haben. In der Kommodo-Gesetzgebung ist dies recht explizit definiert: hier wird der Fall geregelt, wenn eine Instanz das Dossier als nicht komplett erachtet und entsprechende Rückfragen durchführen muss. Eine derart akribische Auflistung ist wohl in dieser Form bei dem vorliegenden Gesetz nicht notwendig – die Frage eines nicht kompletten Dossiers jedoch gänzlich auszuklammern, scheint auch nicht die richtige Lösung zu sein.**

## Für ein Mehr an Demokratie im Rahmen der öffentlichen Prozedur – Artikel 12 / 13 / 15

---

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass bei der Überarbeitung eines Gesetzestextes von 1937 der demokratische Geist dieses Gesetzes ausgebaut werden müsste.

**Deshalb werden folgende Verbesserungen an Artikel 12 vorgeschlagen:**

- Um zu gewährleisten, dass die BürgerInnen auch **alle Dokumente einsehen** können, die als Grundlage zur Erstellung des PAG dienen, sollte im Gesetzestext ausdrücklich festgehalten werden, dass das im Rahmen der Prozedur einzusehende öffentliche Dossier auch die “étude préparatoire” sowie den in Artikel 9 angeführten “rapport de présentation” enthalten muss.
- So wie auch vom SYVICOL vorgeschlagen, sollte der Aushang während **60 Tagen** sowie **nicht im Ferienmonat August** erfolgen. Dies ist umso wichtiger, da die Gemeinde mittels neuem Gesetzestext gehalten ist eine Informationsveranstaltung abzuhalten.



- Im Sinne einer Harmonisierung der Gesetzestexte sollte der "Dépôt" an **vier** Tageszeitungen weitergeleitet werden müssen (analog zum Kommodo-Inkommodo-Gesetz)
- Auch sollte das **Internet** mittlerweile Eingang in Gesetzgebungen finden, der alleinige Aushang im „Reider“ dürfte vielleicht etwas überholt sein...
- Des Weiteren sollten die **Nachbargemeinden** aktiv in die Prozedur eingebunden werden, auch **grenzüberschreitend**. In der Tat hat ein PAG auch häufig Auswirkungen auf die Nachbargemeinden: warum im Sinne einer regionalen Kooperation und einer größtmöglichen Transparenz nicht auch diesen den PAG-Entwurf zustellen, dies zur Information bzw. zur Begutachtung, was **gemeindeübergreifende Aspekte** anbelangt?!

Interessant ist, dass auch das Syvicol eine derartige Regelung vorschlägt: „*Nous proposons de ce fait que les conseils communaux des municipalités limitrophes doivent obligatoirement être consultés pour rendre leurs avis sur un PAG lorsqu'une tangence entre les périmètres d'agglomération est constatée. Les conseils communaux auront ainsi la possibilité de comparer leurs propres plans à ceux de leur voisins pour trouver d'éventuelles synergies ou pour découvrir certaines inepties qu'il serait utile de communiquer aux communes directement intéressées. En marge de la concertation entre commune, il ne faut pas négliger l'intérêt que peuvent avoir les particuliers intéressés des communes voisines à s'informer du contenu du PAG. A cet effet, la publication mentionnée au présent article, devrait être étendue aux communes limitrophes.* »

**Die genannten Vorschläge würden folgende Abänderungen an Artikel 12 des Gesetzesentwurfes bedingen:**

*“Dans les trente jours qui suivent l'approbation provisoire par le conseil communal, le projet est déposé avec **l'étude préparatoire, le cas échéant avec le rapport de présentation prévu à l'article 9 de la présente loi et la délibération du conseil communal pendant soixante jours** à la maison communale où le public peut entre prendre connaissance. **L'affichage ne peut cependant pas avoir lieu durant le mois d'août.** Le dépôt est publié par voie d'affiches apposées dans la commune de la manière usuelle et invitant le public à prendre connaissance du projet.*

*Le dépôt est encore publié dans au moins **quatre** quotidiens publiés et imprimés au Grand-Duché de Luxembourg.*

**Dans la mesure du possible, les communes sont appelés à informer les citoyen/nes sur leur site internet sur la procédure en question et d'y rendre accessible l'ensemble des documents.**

**Parallèlement le projet est transmis avec les documents annexés au conseil communal de la / des communes limitrophes qui peuvent dans ce même délai émettre un avis en relation avec des questions dépassant le seul niveau communal. Cette stipulation vaut aussi pour les communes limitrophes dans les pays voisins.**

*Le collège des bourgmestres et échevins tient dans ce même délai de trente jours au moins une réunion d'information avec la population.*”

#### **Artikel 13 sollte ebenfalls leicht modifiziert werden:**

- Artikel 13 sieht vor, dass die Anhörung nur dann stattfinden soll, wenn schriftliche Einwände erfolgten. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass sich hier vielmehr am Kommodo-Inkommodo-Gesetz inspiriert werden, und auch eine rein **mündliche** Anhörung möglich sein sollte. Dies um auch Personen, die keinen schriftlichen Einspruch abgeben konnten / wollten, eine Mitwirkungsmöglichkeit einzuräumen. Dieser Einwand wurde im übrigen auch vom Syvicol formuliert. Ebenso teilt der Conseil Supérieur de l'Aménagement du Territoire“ diese Sichtweise: „*De façon générale, le Conseil supérieur est d'avis que des réclamations de toutes sortes, que ce soit dans le cadre du projet de loi sous examen ou dans le cadre de toute autre législation ou réglementation, doivent être admissibles par voie écrite et orale, et non seulement par voie écrite, ceci pour garantir l'égalité de tous les citoyens devant la loi. Aussi les autres du texte pourraient-ils s'inspirer des dispositions prévues par la loi modifiée du 25 mai 1964 concernant le remembrement des biens ruraux. »*
- Der Mouvement Ecologique schließt sich des Weiteren der Anregung des SYVICOL an, dass das Gesetz ausdrücklich eine **individuelle Aussprache** mit jedem Bürger vorsehen sollte, der Bemerkungen im Rahmen der Prozedur eingereicht hat.

**Dies bedeutet folgende Abänderung am letzten Passus von Artikel 13, wobei der Mouvement Ecologique vorschlägt sich am Kommodo-Inkommodo-Gesetz zu orientieren, das folgende Bestimmungen enthält:**

**« A l'expiration du délai d'affichage prévu à l'article XXX de la présente loi, le bourgmestre ou son délégué recueille les observations écrites et procède dans la commune du siège de l'établissement à une enquête de commodo et incommodo, dans laquelle sont entendus individuellement tous les intéressés qui se présentent. Il est dressé procès-verbal de cette enquête. »**

**Artikel 15 sollte in dem Sinne transparenter gestaltet werden, als dass**

- nicht nur ein Aushang der definitiven Entscheidung des Gemeinderates erfolgt, sondern das **gesamte Dossier offen** gelegt werden muss (eingebrachte Einwände und Stellungnahme des Gemeinderates), damit auch jeder Interessierte die Entscheidungsfindung nachvollziehen kann bzw. Einblick in das gesamte Dossier hat.
- die Reklamanten auch über die **Motive informiert** werden, aus denen Ihre Anregungen aufgenommen wurden oder nicht. Dies wäre ein Minimum an Korrektheit gegenüber einem Bürger in einem modernen Staat.

Entsprechend wären folgende Abänderungen an Artikel 15 durchzuführen.

*“Dans les trente jours qui suivent le vote définitif du conseil communal, **le dossier est rendu public dans la maison communale et la décision définitive est affichée dans la commune pendant quinze jours, de la façon usuelle, et notifiée par lettre recommandée avec avis de réception aux intéressés ayant adressé dans ce délai prévu à l'article 12 des observations écrites au collège des bourgmestres et échevins. La lettre recommandée informe les intéressés non seulement de la décision du conseil communal, mais énonce également les motifs ayant amené le conseil à sa décision.** Elle est dans le même délai transmise avec le dossier complet au ministre aux fins d'approbation.”*

## **Rekursmöglichkeit inhaltlich einengen – Artikel 16**

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben aufgezeigt, dass seitens verschiedener Akteure versucht wurde, im Rahmen des Rekurses beim Minister völlig neue Elemente aufzuwerfen. Dies ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht tragbar, da diese Einwände dann jedweder Öffentlichkeit entbehren (die in der ersten Phase eingebrachten Einwände werden immerhin im Rahmen der Prozedur von Artikel 15 der Öffentlichkeit vorgestellt). Der Mouvement Ecologique plädiert deshalb dafür, dass im Rahmen dieser Rekursmöglichkeit ausdrücklich nur die im Rahmen der 1. Einspruchsprozedur vorgebrachten Elemente angeführt werden dürfen.

Dies bedingt folgende Abänderung des Artikel 16:

*“Les réclamations contre le vote définitif du conseil communal doivent être adressées au ministre dans les quinze jours suivant la notification de la décision définitive aux intéressés par lettre recommandée avec avis de réception, sous peine de forclusion. **Les réclamations introduites dans ce contexte ne peuvent reprendre que des arguments déjà avancés par l'intervenant dans le contexte du premier vote du conseil communal resp. sur des changements opérés par le conseil communal dans le cadre du vote définitif, qui diffèrent du projet soumis au premier vote.**”*

## **Inkraftsetzung des Planes (entrée en vigueur) – Artikel 19**

Der Mouvement Ecologique kann die angebrachten Abänderungen gegenüber dem Gesetz von 1937 in dieser Form nicht nachvollziehen. Unserer Meinung nach ist es sinnvoller, dass der PAG bereits **ab dem Tag des provisorischen Votums** Gültigkeit hat und auch **am Tage des definitiven Votums** selbst in Kraft tritt. Der im vorliegenden Text vorgesehene Aufschub von 3 Tagen erst nach dem definitiven Votum öffnet Tür und Tor für zweifelhafte Vorgehensweisen.

## Den Infrastrukturbegriff zeitgemäss ausweiten - Artikel 23

---

In Artikel 24 erfolgt eine Auflistung der zu machenden Infrastrukturarbeiten. Es wäre einerseits sinnvoll die Fahrradspuren zu berücksichtigen und andererseits sollte im Bereich Mobilität der neutrale Begriff der «réseaux des déplacements» eingeführt werden. Ebenso sollten mittlerweile soziale Einrichtungen als integraler Bestandteil der Infrastrukturen gesehen werden.

**Dies würde folgenden Wortlaut von Abschnitt ergeben:**

*«Ces travaux comprennent l'aménagement, y inclus les réseaux des déplacements, les aires de stationnement, les trottoirs et les chemins piétonniers, les pistes cyclables, des conduites d'approvisionnement en eau, gaz, électricité, chauffage, des réseaux d'évacuation des eaux de surface et des eaux usées, ainsi que des collecteurs d'égouts, des réseaux de télécommunication, des installations d'éclairage, des espaces collectifs, des infrastructures sociales, des aires de jeux et de verdure ainsi que des plantations. »*

## Gemeinde - Flächen- und Versiegelungstaxe ermöglichen sowie Spekulationssteuer einführen - Artikel 24

---

- Artikel 24 sieht in Punkt 2 eine «*taxe de participation au financement des équipements collectifs ...* » vor. Der Mouvement Ecologique unterstützt selbstverständlich diese Idee, ist jedoch der Überzeugung, dass die Gelegenheit genutzt werden müsste, auch die Möglichkeit einer Abgabe auf dem **Flächenverbrauch / der Versiegelung** vorzusehen.

Zumindest sollte endlich die juristische Basis hierfür geschaffen werden! Gerade durch derartige Neuerungen könnte die Reform des Gesetzes von 1937 zu einem Gesetzesprojekt führen, das tatsächlich die wichtigsten Entwicklungen sowohl im Bereich der Bauten- als auch der Finanzpolitik aufgreift.

**Entsprechend sollte Artikel 24 durch folgenden Passus ergänzt werden :**

**«Le conseil communal peut également décider de l'introduction de taxes dites «*Flächentaxe* » resp. «*Versiegelungstaxe* ».**

**Ces taxes auront le caractère d'une imposition communale.»**

- Des Weiteren ist es äusserst interessant, dass sich sowohl der Syvicol wie auch der CSAT für eine Art **Spekulationssteuer** eingesetzt haben. Zitiert sei aus der Stellungnahme des Syvicol: „*Il s'est avéré qu'à l'intérieur du périmètre d'agglomération des communes se trouvent de nombreux terrains qui restent vierges au lieu d'être affectés à la construction d'immeubles. Il s'ensuit une extension démesurée de l'agglomération, dans laquelle on aperçoit des espaces vides qui nuisent à l'utilisation rationnelle des sols, sans parler de la cohérence urbanistique et*

*des frais incombant aux collectivités locales à moyen et à long terme.*

*Il faudrait par conséquent examiner s'il convient de légiférer pour habiliter les communes à se doter d'un règlement-taxe destiné à prélever une dîme annuelle sur les immeubles non affectés à la construction ou si les communes peuvent y procéder au regard de leur autonomie financières.»*

Entsprechend sollte eine Textpassage in folgendem Sinne beigefügt werden:

**« Afin de permettre une densification du tissu urbain, la rétention de terrains constructibles à l'intérieur du périmètre d'agglomération doit être évitée. Un règlement grand-ducal définira les moyens des communes d'introduire un impôt foncier spécifique en la matière ».**

## **PAP dem PAG unterordnen - Artikel 25**

---

Debatten gibt es immer wieder, inwiefern der PAP den Vorgaben des PAG Rechnung tragen muss. Damit hier beim vorliegenden Gesetzestext keine Unsicherheit mehr besteht, schlägt der Mouvement Ecologique vor, folgenden Abschnitt – der im Wortlaut fast identisch aus dem “exposé des motifs” übernommen wurde – in Artikel 25 aufzunehmen:

**“Le plan d'aménagement particulier, qui de par sa nature ne fait que préciser les propositions d'aménagement d'une partie déterminée du territoire communal comprise à l'intérieur des zones constructibles, ne saurait être contraire au plan d'aménagement general.”**

## **Übermäßige Ausnahmeregelungen – Artikel 27**

---

Artikel 27 sieht als eine Art « Gummiparagraph » vor, dass Gemeinden Gebiete definieren können, die keinem PAP unterliegen. Dabei sind die Kriterien für eine derartige Sonderregelung mehr denn schwammig ausgelegt. Hier wird Tür und Tor für Unsicherheiten und einen Missbrauch gelegt, aber auch eine Situation geschaffen, in welcher Gemeinden massiv unter Druck gesetzt werden müssen.

Der Mouvement Ecologique kann in keiner Form die Gründe für diese Sonderregelungen nachvollziehen, vor allem da im gesamten Kapitel 5 betreffend die « **Plans de lotissement, de relotissement et de morcellement** » ebenfalls Sonderregelungen definiert werden – die sich z.T. wesentlich mit denjenigen von Artikel 27 überlappen. Der Gesetzestext wird hier äusserst untransparent, was nicht im Sinne des Gesetzgebers sein kann.

Der Mouvement Ecologique schlägt vor, Artikel 27 ersatzlich zu streichen bzw. höchstens im Zusammenhang mit Kapitel 5 eine Lösung anzustreben.

## Phasigkeit der Umsetzung vorsehen / Nachweis einer nachhaltigen Entwicklung erbringen - Artikel 29

---

- Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates wurde der Passus gestrichen, dass im Rahmen eines PAP auch die **Realisierungsphasen eines Planes und die genauen Modalitäten** festgelegt werden müssen. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass diese ursprünglich im Regierungstext vorgesehene Formulierung in der Praxis durchaus sinnvoll ist und beibehalten werden müsste.
- Fakt ist, dass derzeit im Rahmen des Gesetzes von 1937 die **Verkehrsaspekte** nicht ausreichend Berücksichtigung finden und als Vorgabe für den Inhalt eines PAP nicht angeführt werden. Dies mit den bekannten damit verbundenen Problemen.

Die gleiche Anmerkung trifft ebenfalls auf den Bereich **Energie** – erneuerbare Energien und Energiesparen - zu. Es müsste an sich angesichts der allgemeinen Bestimmungen, dass das Gesetz den Aspekten der nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen muss, angesichts der Tatsache, dass auch die Gemeinden eine Verantwortung im Rahmen des Kyoto - Protokolls tragen, eine Selbstverständlichkeit sein, dass Gemeinden Energieaspekte in ihrem PAP berücksichtigen. Eine derartige Vorgehensweise ist absolut in Konformität zu den Gesetzgebungen im Energiebereich und würde zudem erlauben, Ideen die im Rahmen der Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Gemeinden diskutiert wurden, umzusetzen.

Entsprechend müsste Artikel 29 wie folgt abgeändert werden :

*« ... L'échelle du plan d'aménagement particulier, le contenu de ses parties graphique et écrite, notamment les définitions des diverses zones, leur affectation, mode et degré d'utilisation détaillé, l'analyse et les solutions retenues dans le contexte d'un développement soutenable (notamment dans les domaines de la mobilité et de l'énergie) le pictogramme de la légende-type ainsi que les étapes et modalités de la mise en œuvre du plan d'aménagement particulier, sont arrêtés par règlement grand-ducal. »*

## PAP – Prozedur – Artikel 30

---

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique besteht bei Artikel 30 ein direkter Widerspruch zwischen dem «exposé des motifs» sowie dem Gesetzestext selbst. So wird im «exposé des motifs» darauf verwiesen, dass ein PAP ohne Gutachten der «commission» gutgeheißen werden soll, dies aus mehreren Gründen.

Im Gesetzestext selbst steht aber in aller Deutlichkeit, dass – mit Ausnahme der darauf folgenden Abänderungen – die Artikel 10-18 des Gesetzesprojektes volle Gültigkeit haben. Artikel 10 aber sieht ausschliesslich die Befragung besagter Kommission vor, Artikel 30 regelt sogar, dass die Bearbeitungszeit der Kommission von 6 auf 3 Monate reduziert werden soll!!!

Dieser Widerspruch vom Gesetzestext zum „exposé des motifs“ bedarf, losgelöst von jeder Opportunitätsfrage, einer Klärung. Denn wenn hier ein Widerspruch besteht, ist es auch

fraglich, wie die anderen Abänderungen im Detail zu interpretieren sind (ist die öffentliche Anhörung in der Form gegeben?!)

**Der Mouvement Ecologique seinerseits ist der Überzeugung, dass ein Projekt im Rahmen eines PAP sehr weitgehende Auswirkungen auf die Entwicklung einer Gemeinde haben kann. Beispiel: die Gestaltung des Ortskernes, der Bau einer größeren Siedlung auch innerhalb des Ortskernes, die Umsetzung einer Siedlung mit bedeutendem Verkehrsimpakt auf die umliegenden Wohnviertel.**

**Der Mouvement Ecologique spricht sich deshalb in der Konsequenz kategorisch dagegen aus, Projekte mit einer gewissen Relevanz nicht mehr der Begutachtung der Kommission vorzulegen, da gerade derartige Projekte die Gemeinden in konkretem und tiefgreifenden Ausmaß prägen können! Auch wenn kleinere und von den Auswirkungen auf das Umfeld weniger bedeutsame PAP-Projekte zügiger genehmigt werden sollen, kann eine solche Lösung keinesfalls generell für alle PAP gelten!**

**Der Mouvement Ecologique schlägt deshalb die Schaffung von zwei verschiedenen Vorgehensweisen im Rahmen der Umsetzung der PAP vor:**

- bei größeren Projekten bzw. bei Projekten mit bedeutsamen Auswirkungen, sollte weiterhin die Kommission um ein Gutachten befragt werden. Denn vor allem bei derartigen Projekten sind die Gemeinden zu sehr und zu oft dem direkten Druck der Promotoren ausgesetzt, so dass eine zweite Instanz unerlässlich ist;
- bei kleineren, weniger bedeutsamen Projekten, sollte die Gemeinde alleine Entscheidungsbefugnis haben.

**Sicherlich wird es nicht einfach sein, klare Kriterien für die beiden Kategorien festzulegen, und dennoch sollte dieser Weg begangen werden.**

**Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sollte der «commission d'aménagement» überlassen werden, ob ein Projekt unter die Kategorie 1 oder 2 fällt. Somit wäre ein Mittelweg zwischen der alten Gesetzgebung und dem derzeitig vorliegenden Gesetzesvorschlag gefunden: die Kommission würde durchaus entlastet, in dem sie die Projekte der Kategorie 2 nicht mehr begutachten muss – allerdings wäre sie nicht gänzlich aus der Verantwortung entlassen.**

**Diese Vorschläge würden folgenden Wortlaut**

*«A l'exception des dispositions ci-après, la procédure d'adoption d'un plan d'aménagement particulier est la même que celle définie par les articles 11 à 18 pour les plans d'aménagement général.*

*Durant toute la phase d'adoption du projet de plan particulier celui-ci doit être accompagné du rapport justifiant l'initiative et les orientations fondamentales retenues.*

**La commission d'aménagement peut dispenser un projet de plan d'aménagement d'un avis détaillé de sa part. Une telle dispense ne peut être décidée que pour des projets d'une envergure très limitée, n'ayant pas d'incidences notables pour le développement**

**futur de la commune, n'ayant pas d'impact direct et négatif au niveau urbanistique et ne présentant manifestement pas de désavantages pour le voisinage direct. »**

## **Inkrafttreten der PAP (entrée en vigueur) – Artikel 31**

---

In diesem Punkt gilt die gleiche Anmerkung wie bei Artikel 19. Um Missbräuche zu verhindern, sollte der PAP ab dem Tag der provisorischen Abstimmung bzw. der definitiven Abstimmung Gültigkeit haben.

## **Anteil öffentlicher Flächen beim PAP erhöhen - Artikel 35**

---

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, dass im Rahmen eines PAP 25% des Gebietes für öffentliche Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden müssen. Es liegt auf der Hand, dass auch hier die Situation eine andere ist als noch im Jahre 1937: Spielplätze, Fahrradpiste, öffentliche Plätze ... haben heute aus zahlreichen Gründen einen anderen Stellenwert und die angegebenen 25% reichen schlichtweg nicht mehr aus. Hierauf verweist auch der «Conseil supérieur de l'aménagement du territoire». Der Mouvement Ecologique schlägt vor diesen Satz auf 30% zu erhöhen.

Dies ergäbe folgende Umformulierung von Passus 1 des Artikels 35 :

*«... Les terrains compris dans les plans d'aménagement particulier et qui sont réservés à des constructions ou aménagements publics propres au plan d'aménagement particulier doivent être cédés à la commune. Cette cession s'opère gratuitement pour autant que l'ensemble de ces terrains ne dépasse pas les **30%** de la surface totale du projet. Le propriétaire sera indemnisé pour la surface qui dépasse ce **pourcentage**. »*

Ebenso führt der Syvicol an, der Aushang solle nicht nur 30 Tage betragen (Punkt 3), sondern 4. Auch dieser Anregung möchte sich der Mouvement Ecologique anschliessen.

## **Impaktstudie - Artikel 35**

---

Artikel 35 sieht die Integration der Impaktstudien-Direktive in das vorliegende Gesetz vor.

Aufgrund einer „opposition formelle“ des Staatsrates schlägt das Innenministerium nunmehr vor die entsprechenden Abschnitte wieder zu streichen.

Der Mouvement Ecologique wehrt sich kategorisch dagegen die Impaktstudien-Direktive integral aus dem Gesetz von 1937 auszuklammern.



Dies aus mehreren Gründen

- Luxemburg verzögert seit Jahren, ja seit Jahrzehnten, die effiziente Integration der Impaktstudien-Direktive in Luxemburger Recht. Hierbei wird ein sehr geschmackloses politisches «Spiel» betrieben. Steht die Integration der Direktive in ein spezifisches Gesetz an, wird behauptet, die Umsetzung solle doch besser mittels einem anderen Gesetz erfolgen. Steht aber gerade die Reform eines spezifischen Gesetzes an, wird auf ein drittes Gesetz verwiesen oder aber hervorgehoben, das erstgenannte Gesetz wäre doch besser geeignet gewesen. Diesem Hin und Hergeschiebe muss endlich ein Ende gesetzt werden!
- Kommen aber weitere inhaltliche Argumente hinzu. Derzeit steht die Integration der Impaktstudien-Direktive in Luxemburger Recht auf 2 Ebenen zur Debatte bzw. ist bereits erfolgt:
  - \* Im Rahmen des sogenannten Kommodo-Inkommodo-Gesetzes erfolgte die Umsetzung für produzierende Betriebe u.a. D.h. für Anlagen, die vor allem mit Emissionen aus einem Produktionsprozess verbunden sind.
  - \* Im Rahmen einer weiteren Gesetzgebung soll die Direktive (wann auch immer !?) für große Strassen- und Schieneninfrastrukturen umgesetzt werden. Bei den Straßenbauten wird jedoch nur von großen Projekten gesprochen: Autobahnen, Schnellfahrtstrassen, größere Umgehungsstrassen (wenn überhaupt)...
  - \* Im Rahmen der Naturschutzgesetzgebung erfolgte nur eine begrenzte Umsetzung der Direktive!!

Die Umsetzung verschiedener wesentlicher Elemente der Impaktstudien-Direktive in Luxemburger Recht kann nur über das vorliegende Gesetzesprojekt erfolgen: es handelt sich hierbei vor allem um die Abwägung von Projekten, die einen Impakt aus Verkehrssicht nach sich ziehen bzw. um die Abwägung des Impaktes der Abänderung eines PAG auf Landschaft, Flora und Fauna sowie größere Bauprojekte als solche (die vom Kommodo-Gesetz nicht erfasst werden).

Der Mouvement Ecologique würde bei der EU vorstellig werden, wenn erneut im Rahmen der Reform des vorliegenden Gesetzesprojektes diese doch sehr wesentlichen Elemente nicht umgesetzt würden. Die Jurisprudenz im Rahmen des Kommodo-Gesetzes zeigt z.B. deutlich auf, dass die **Verkehrsbelastungen** durch das Kommodo-Gesetz **nicht** abgedeckt werden. Die EU-Direktive gibt hier jedoch deutliche Vorgaben, dass in gewissen Fällen derartige Studien durchgeführt werden müssen.

**Zitiert sei in diesem Zusammenhang auch aus dem staatlichen „exposé des motifs“:**  
*„De surcroît, les projets urbains d'une certaine importance devront faire l'objet d'une étude d'impact (voir article 35) sur l'environnement, en transposition des dispositions de la directive européenne 85/337/CEE concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement telle que modifiée par la directive 97/11/EC (point 10b de l'annexe II: Travaux d'aménagement urbain, y compris la construction de centres commerciaux et de parkings).»*

### Der Mouvement Ecologique tritt deshalb:

- für einen separaten Artikel zur Umsetzung der Impaktstudien-Direktive im Rahmen des vorliegenden Gesetzes ein;
- plädiert dafür diesen nicht in das Kapitel betreffend die PAP zu integrieren, da auch Abänderungen des PAG von einer derartigen Studie betroffen sein können.

### Ein entsprechender Artikel könnte wie folgt aussehen:

**«Tout projet d'exécution de la présente loi pouvant avoir des incidences notables sur la situation des déplacements au niveau communal et / ou régional peut être assujettie à une étude d'évaluation des incidences sur l'environnement naturel et l'environnement humain.**

**De même toute modification du PAG resp. toute construction majeure dans le cadre du PAG pouvant avoir des incidences notables sur l'environnement naturel et l'environnement humain peut de être assujettie à l'établissement d'une étude d'évaluation des incidences.**

**Le conseil communal décide sur l'opportunité de l'établissement d'une telle étude.**

**Le contenu de l'étude d'évaluation, qui dans ces cas fait partie intégrante du projet d'exécution, les critères d'évaluation et la procédure de consultation publique sont fixés par règlement grand-ducal. »**

## Zeitpunkt der Erstellung der Konvention betreffend PAP - Artikel 36

---

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, dass erst nach der definitiven Abstimmung eines «projet d'exécution» eine Konvention zwischen Gemeinde und Promotor ausgehandelt werden soll. Dieser Zeitpunkt ist als zu spät anzusehen – und widerspricht auch heute häufig der gängigen Praxis. Artikel 36 sollte deshalb wie folgt abgeändert werden.

**« Lors du vote provisoire et au plus tard lors du vote définitif le collège des bourgmestres .... »**

## Baugenehmigung - Bautenreglement - Artikel 37

---

- Obwohl die rechtliche Situation nach Ansicht des Mouvement Ecologique deutlich ist, wäre es dennoch sinnvoll, in Artikel 37 noch einmal mit aller Ausdrücklichkeit festzuhalten, dass **die Gemeinde auch für den Außenbereich, also die sog. „zone verte“ eine Baugenehmigung erteilen muss**. Häufig wird davon ausgegangen, hier wäre nur die Genehmigung des Umweltministers erforderlich. Dabei ist es nach Ansicht des Mouvement Ecologique auch die Gemeinde, die hier die baulichen Auflagen erteilen kann.

- Des Weiteren schlägt der Mouvement Ecologique vor, sich erneut an der Kommodo-Gesetzgebung zu orientieren. Hier wurde festgehalten, dass eine **Betriebsgenehmigung** zwar unabhängig im Rahmen des Kommodo-Gesetzes erteilt werden kann – **allerdings erst dann umsetzbar ist, wenn auch die erforderliche Baugenehmigung vorliegt**. Wäre es nicht sinnvoll, auch im vorliegenden Gesetz auf die Kommodo-Gesetzgebung zu verweisen ?

## **Inhalt des Bautenreglementes – Artikel 39**

---

**Dem Inhalt des Bautenreglementes kommt bei der Umsetzung des vorliegenden Gesetzes selbstverständlich eine herausragende Bedeutung zu.**

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass u.a. die zwei vom Staatsrat noch vorgeschlagene Textpassagen, die sich nicht in der ministeriellen Zusammenfassung wiederfinden, integriert werden sollten, da sie wohl schlichtweg vergessen wurden. D.h.

- **Les prescriptions dimensionnelles concernant l'implantation des constructions, logements et installations ;**
- **Les mesures à prendre du point de vue esthétique dans l'intérêt de la protection des agglomérations et des localités dans leur ensemble et des monuments et édifices isolés en particulier. »**

Des Weiteren sollte das Gesetz aber vor allem auch in diesem Bereich dem 21. Jahrhundert angepasst und auch „neuere“ planungsrelevante Elemente aufgegriffen und integriert werden. Es wäre geradezu ein Anachronismus, im Bautenreglement u.a. die energetischen und naturschützerischen Elemente nicht zu berücksichtigen! Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck auf deren Integrierung – ein heutiges Bautenreglement darf sich nicht auf technische Vorgaben und Infrastrukturen sowie klassische räumliche Vorgaben reduzieren! Deshalb sollte ebenfalls in aller Deutlichkeit erneut ein Verweis auf Artikel 2 des vorliegenden Gesetzes erfolgen.

Entsprechend wäre Artikel 39 im folgenden Sinne zu ergänzen:

- **Les mesures à prendre en considération du point de vue énergétique**
- **Les aspects ayant trait à la sauvegarde et à la valorisation de l'environnement naturel**
- **Les orientations dans le domaine des déplacements.**

**Le règlement des bâtisses devra d'une façon générale permettre la mise en œuvre opérationnelle des buts définis à l'article 2 de la présente loi.**

## Règlement-type concernant le Bâtiement - Artikel 40

---

Der Mouvement Ecologique begrüßt, wie auch das OAI, dass eine allgemeingültige Typologie für diverse Begriffe der Bebauung erstellt werden soll, so wie seitens des Innenministeriums angeführt.

Gleichzeitig plädiert der Mouvement Ecologique aber, ähnlich wie der OAI sowie der CSAT dafür, dass darüber hinaus auf nationaler Ebene auch allgemeine Vorgaben für technisch-bauliche Normen auf Gemeindeebene erstellt werden.

Beide Elemente sollten in großherzoglichen Reglementen definiert werden. Für den Mouvement Ecologique nicht ersichtlich ist, welches der genaue Inhalt des in Artikel 40 genannten Reglementes ist, besteht jedoch mit Nachdruck darauf, dass Handlungsbedarf auf beiden Ebenen besteht.

Zitiert sei in diesem Zusammenhang ebenfalls aus der Stellungnahme des CSAT : « *L'alinéa 2.2. de l'article sous examen détermine entre autres les règles relatives à la solidité, la sécurité et la salubrité des constructions. Même si cette disposition fait déjà partie de la loi modifiée du 12 juin 1937, le CSAT estime qu'il vaut mieux renoncer à ces dispositions alors que ce texte force les communes à établir des règles, fait qui constitue encore le moindre mal, et de les appliquer. Or les choses se compliqueront inévitablement lors de la phase de l'application. Les communes devront délivrer des certificats pour lesquels elles ne sont pas à même de contrôler la cécacité, ni par ailleurs de contrôler l'exécution conforme. En effet, combien des 118 communes du pays disposent des ressources humaines requises pour vérifier la statique d'un bâtiment? S'agissant d'un problème national et pour éviter des applications et interprétations divergentes d'une commune à l'autre, le Conseil supérieur estime que cette matière devrait être régie par des dispositions générales et identiques pour toutes les communes. »*

## PAG: eine umfassende Planungsgrundlage – Einfügung eines neuen Artikels

---

Im Laufe der vergangenen Jahre wurden eine Reihe sektorieller Gesetze gestimmt / erweitert, mit direktem Impakt auf das Bâtiement. So wurde das Konzept der «plans sectoriels», des «plan d'occupation du sol» ausgeweitet, die Naturschutzgesetzgebung abgeändert, um sie der europäischen Habitat-Direktive anzupassen, Trinkwasserschutz zonen vorgesehen u.a.m.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist es von zentraler Bedeutung, dass der PAG als umfassende Planungsgrundlage auch staatliche Planungen, die sich dem Planungswerk überordnen, beinhaltet und entsprechend aktualisiert wird.

Dementsprechend sollte ein neuer Passus eingefügt werden, der wie folgt lauten könnte.

**«Les planifications relevant de la compétence de l'Etat et comportant des incidences au niveau du plan d'aménagement communal doivent être intégrés dans les trois mois**

après leur entrée en vigueur au niveau de la partie graphique du plan d'aménagement communal. Il s'agit notamment des planifications opérés sur la base des législations suivantes :

- loi concernant la protection de la nature et des ressources naturelles du 19 janvier 2004
- législation concernant les sites et monuments
- législation en matière d'aménagement du territoire
- législation concernant la protection des eaux.

## **„Zones de développement“ auch im Interesse von Gemeinden – Artikel 42**

---

Artikel 42 gibt vor, wann eine «zone de développement» geschaffen werden kann. In diesem Artikel wird angeführt, dies sei nur aus regionalem oder nationalem Interesse möglich. Der Mouvement Ecologique plädiert jedoch dafür, dass derartige Zonen auch aus rein kommunalem Interesse ausgewiesen werden können – so wie es auch die nachfolgenden Artikel des Gesetzesprojektes andeuten. Entsprechend wäre eine Klärung von Artikel 42 mit folgendem Zusatz sinnvoll:

*«On entend par zone de développement toute partie du territoire communal urbanisé ou non, non bâtie ou ne présentant des constructions et aménagements que sur une partie restreinte de sa surface totale, qui présente un intérêt particulier pour des projets de développements **communaux**, régionaux ou nationaux tels que définis par les plans arrêtés sur base de la loi du 21 mai 1999 concernant l'aménagement du territoire ou pour le développement et l'organisation urbaine de la commune conformément au plan d'aménagement général et à son rapport justificatif.»*

## **Erstellung der «étude préalable» durch qualifizierte Personen – Artikel 43**

---

In den vorherigen Kapiteln des Gesetzesprojektes wurde immer gewährleistet, dass die Erstellung eines PAG oder PAP von einer qualifizierten Person gemäss Artikel 7 des vorliegenden Gesetzes durchgeführt werden muss.

Eine entsprechende Vorgabe muss unweigerlich auch für die « étude préalable » einer « zone de développement » gelten. Artikel 43 sollte entsprechend ergänzt werden.

*„...le collège des bourgmestre et échevins procède à une étude **par une personne qualifiée dans le sens de la présente loi** ... »*

## **«Zone de développement» - Gewährleistung der Rechte der BürgerInnen - Artikel 44**

---

Verschiedene Prozeduren innerhalb eines Gesetzestextes tragen nicht zur Transparenz bei. Entsprechend schlägt der Mouvement Ecologique vor, Artikel 44 in folgenden Punkten abzuändern (immerhin wird eine derartige «zone de développement» aller Voraussicht nach von wesentlicher Bedeutung für die Gemeinde, ja sogar die Region sein):

- es sollte gewährleistet werden, dass die «étude préparatoire» ebenfalls im **öffentlichen Dossier** ausliegt;
- die Prozedur sollte auf **60 Tage** ausgeweitet werden und nicht im August stattfinden
- ebenso sollte sie in **4 Tageszeitungen** statt in 2 angekündigt werden;
- Auch sollte das **Internet** mittlerweile Eingang in Gesetzgebungen finden, der ausschließliche Aushang im „Reider“ ist doch etwas zeitlich überholt. ..
- Des Weiteren sollten auch hier die **Nachbargemeinden** aktiv in die Prozedur eingebunden werden, da derartige Zonen auch von Impact für sie sein können, wie im übrigen die Definition einer Zone bereits festlegt!

### **Dies bedingt folgende Abänderungen an Artikel 44:**

*«Dans les trente jours qui suivent la déclaration relative à la création d'une zone de développement par le conseil communal, le projet est déposé, avec **l'étude préparatoire et la délibération du conseil communal pendant soixante jours à la maison communale ou le public peut en prendre connaissance. L'affichage ne peut cependant pas avoir lieu durant le mois d'août.** Le dépôt est publié par voie d'affiches apposées dans la commune de la manière usuelle et invitant le public à prendre connaissance du projet.*

*Le dépôt est encore publié dans au moins **4** quotidiens publiés et imprimés au Grand-Duché de Luxembourg.*

**Dans la mesure du possible, les communes sont appelés à informer les citoyen/nes sur leur site internet sur la procédure en question et d'y rendre accessible l'ensemble des documents.**

*Conjointement avec cette publication, les propriétaires, nus-propriétaires et usufruitiers concernés sont avertis par lettre recommandée qui les informe des dispositions du présent chapitre.*

**Parallèlement le projet est transmis avec les documents annexés au conseil communal de la / des communes limitrophes qui peuvent dans ce même délai émettre un avis en relation avec des questions dépassant le seul niveau communal. Cette stipulation vaut aussi pour les communes limitrophes dans les pays voisins.**

***La déclaration et les documents pourront être consultés par le public à la maison communale dans le délai de soixante jours prévu à l'alinéa 1<sup>er</sup>.***

***Le collège des bourgmestre et échevins tient dans ce même délai de trente jours au moins une réunion d'information avec la population.»***

## **Einwände - Artikel 47 - 54**

---

Hier gilt die gleichen wie bei den Artikel 13 – 19. Warum nicht im übrigen einfach auf diese Artikel verweisen. Das Gesetz würde dadurch an Leserlichkeit gewinnen!

## **Klärung der Hierarchie zwischen “zone de développement” bzw. “zone à restructurer” und PAP – Einfügung eines neuen Artikels**

---

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique klärt das Gesetz derzeit den Zusammenhang zwischen «zone de développement» und «zone à restructurer» sowie PAP nicht in ausreichender Form. Klar ist nach Auffassung des Mouvement Ecologique, dass sowohl eine «zone de développement» als auch eine „zone à restructurer“ einem PAP unterworfen werden muss. Um jede Zweideutigkeit zu verhindern, sollte ein entsprechender Passus beigefügt werden.

**« Toute zone de développement et toute zone à restructurer doit être soumise, avant sa viabilisation, à un plan d'aménagement particulier tel que prévu dans les articles XXXX »**

### **Exkurs : Zum Kapitel 5 – « Plans de lotissement, de relotissement et de morcellement »**

Der Mouvement Ecologique versteht durchaus, dass für kleinere Bauprojekte vereinfachte Prozeduren sinnvoll sein können. Nur, die derzeitige Formulierung von Kapitel 5 ist als absolut unzufriedenstellend zu werten, dies aus mehreren Gründen :

- In der Logik wäre es die spezifischen Bestimmungen betreffend diese Pläne eher im Kapitel der PAP zu integrieren, statt diese zum Schluss des Gesetzestextes anzuführen. Die derzeitige Einteilung ist etwas verwirrend.

- Vor allem aber erscheint die Definition in Artikel 106, welches Projekt unter dieses Kapitel fällt oder nicht, als weitaus zu vage und unzufriedenstellend. Beispiele :

\* die Auflistungen welche Projekte von dieser Regelung betroffen sind oder nicht, gibt zu Missverständnissen Anlass. Fällt ein Projekt unter die Bestimmungen des gesagten Kapitels

wenn alle Bedingungen genannten erfüllt sind, oder reicht es aus, dass eine einzige gegeben ist ?

\* angegeben wird z.B. des Weiteren, ein derartiger Plan sei zulässig, wenn das Projekt « *constituent une lacune dans le tissu urbain* ». Derartige « *lacunes* » erlauben in der Regel, u.a. auch öffentliche Plätze zu gestalten und können somit das Bild einer Ortschaft nachhaltig prägen. Und gerade solche Projekte sollten einer öffentlichen Prozedur entzogen werden ?

Für den Mouvement Ecologique jedenfalls ist die derzeitige Formulierung als weitaus zu vage, ungenau und verwirrend anzusehen. Auch wenn die Grundidee stimmen mag, sollte der vorliegende Textteil überarbeitet werden.

Auch der «CSAT» bezieht Stellung : « *En raison du fait que l'existence d'une autorisation de bâtir est suffisante pour réaliser un projet sans devoir établir un PAP, il devrait cependant être introduit des restrictions dans le sens qu'à partir du moment où des constructions dépassent un certain volume à déterminer, la réalisation d'un PAP devrait être obligatoire. La commune doit en effet avoir le droit d'imposer la réalisation d'un PAP, même si le bâtiment projeté sera construit sur une seule parcelle, ceci afin d'avoir une influence sur l'envergure le volume et l'impact urbanistique d'un projet. Ainsi devrait-on prescrire, en cas de construction de résidences, des espaces verts ainsi que la création de locaux spéciaux tels que des buanderies, des séchoirs, des garages, de aires de jeux intérieures, etc.* »

## **Exkurs : Vorkaufsrechte der Gemeinde**

Der Mouvement Ecologique begrüsst grundsätzlich eine Bestimmung der deutschen Gesetzgebung zum Thema Vorkaufsrechte. In dieser ist eindeutig geregelt, dass die Gemeinde bei Grundstücken « *soweit es sich um Flächen handelt, für die nach dem Bebauungsplan eine Nutzung für öffentliche Zwecke oder für Flächen oder Massnahmen zum Ausgleich im Sinne des § 1a Abs. 3 festgesetzt ist, in einem Umlegungsgebiet, in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet im städtebaulichen Entwicklungsbereich ....* » den Gemeinden ein Vorkaufsrecht eingestanden wird. Folgt eine detaillierte Beschreibung.

**Der Mouvement Ecologique plädiert dafür, die Idee im vorliegenden Gesetz festzuschreiben und mittels großherzoglichem Reglement umzusetzen.**

## **Dispositions transitoires - 108**

Artikel 108 sieht in Passus 2 vor, dass Gemeinden, die bei Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes dabei sind eine Überarbeitung des PAG aufgrund der Gesetzgebung von 1937 durchzuführen, diese abschließen und daraufhin eine neue Prozedur gemäss vorliegendem Gesetz durchführen müssen.

Eine derartige Vorgehensweise scheint dem Mouvement Ecologique doch etwas langwierig und bürokratisch, vor allem wenn sich eine Gemeinde erst in einer ersten Phase der



Ausweisungs-Prozedur gemäss Gesetz von 1937 befinden würde. Es sollte der Gemeinde die sich noch in einer ersten Phase der Prozedur befindet überlassen werden, ob sie eine neue Prozedur gemäss vorliegendem Gesetz beginnt oder die vorherige gemäss Gesetz von 1937 abschließen will.

## **Gemeindeeigener technischer Dienst – Artikel 99bis**

Das Gesetzesprojekt sieht vor, dass Gemeinden ab 6000 Einwohnern über einen eigenen technischen Dienst verfügen müssen mit mindestens einem « architecte-urbaniste ».

Diese Bestimmung erscheint dem Mouvement Ecologique doch etwas unangebracht. Vorgeschlagen wird, Gemeinden erst ab 11.000 Einwohnern diese Maßnahme aufzuerlegen.

Kleinere Gemeinden bis zu 11.000 Einwohnern sollten sich in einem Pool zusammenschließen können.

### **Exkurs: Bodenschutzgesetz in vorliegenden Gesetzesentwurf integrieren**

In der Regierungserklärung wurde festgehalten, Luxemburg würde ein Bodenschutzgesetz erstellen. Das Umweltministerium hat daraufhin ein diesbezügliches Gesetzesprojekt erstellt, das aber mit folgendem Argument vom Regierungsrat verworfen wurde: statt einer separaten Gesetzgebung wäre es sinnvoller, Elemente des Bodenschutzes verstärkt in die sektoriellen Gesetze zu integrieren. So wohl auch in das Gesetz betreffend die Bebauung. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique ist dies jedoch mit vorliegendem Entwurf nicht ausdrücklich erfolgt.

Der Mouvement Ecologique richtet einen Appell an die zuständige Kommission der Abgeordnetenversammlung das Umweltministerium gemeinsam mit dem Innenministerium zu beauftragen, jene Elemente des Bodenschutzgesetzes die in das vorliegende Gesetz integrationswürdig wären, aufzulisten. Da bereits ein Gesetzesentwurf für den Bodenschutz vorlag, müsste dies kurzfristig machbar sein. Die Chance für diese wesentliche Neuerung – die im übrigen auch im Ausland z.T. Standard ist – sollte nicht verpasst werden!

## **Integration der Aarhus-Konvention in Luxemburger Recht unbedingt gewährleisten**

Vom 25 Juni 1998 datiert die sogenannte "Convention d'Aarhus". Luxemburg hätte diese längst in Luxemburger Recht umsetzen müssen. Es gibt zwar einen Gesetzesentwurf von 1999, der trotz positivem Gutachten des Staatsrates bis dato aber nicht finalisiert wurde.

Aus der Sicht der Bürgerbeteiligung und dem Zugang zu Informationen handelt es sich bei dieser Konvention jedoch um eine äusserst wegweisende. Werden hier doch ein für alle mal klare Spielregeln für die passiven und aktiven Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen festgelegt, auch Klagerechte definiert und ebenfalls geklärt, welche Dokumente als öffentlich anzusehen sind und welche nicht. Es wäre müßig alle Vorteile der Konvention aufzuzählen, die Liste liesse sich beliebig ergänzen.

Der Mouvement Ecologique hat mehrfach nachgefragt, warum das genannte Gesetzesprojekt bis dato immer noch nicht von der Abgeordnetenkommission verabschiedet wurde, obwohl – wie hervorgehoben – die Stellungnahme des Staatsrates vorliegt.

Die Erklärung hierbei ist folgende:

Es wäre entschieden worden, die Aarhus-Konvention nicht mittels einem spezifischen Gesetz, sondern durch Integrierung in alle betroffenen Gesetze umzusetzen.

Und hiervon wäre sonder Zweifel auch das vorliegende betroffen.

Der Mouvement Ecologique besteht mit Nachdruck darauf, dass diese Integrierung in das vorliegende Gesetzesprojekt ohne und Wenn und Aber erfolgt und die zuständige Kommission der Abgeordnetenkommission das Innen- sowie das Umweltministerium beauftragt, konkrete Formulierungen vorzuschlagen. Auf keinen Fall könnte sich der Mouvement Ecologique damit einverstanden zeigen, dass hier nur auf ein großherzogliches Reglement verwiesen werden würde: Nein: eine Integration ins Gesetz selbst ist absolut geboten und darf nicht länger verschoben werden. Der Mouvement Ecologique wird sich Schritte gegenüber den EU-Instanzen vorbehalten, wenn die Aarhus-Konvention erneut ignoriert werden würde.



**Ces**

**Stechwieder :**

**\* Wat geschidd wann een Délaisen net anhällt – Minister keen (Syvicol, CSAT)**

**Etablissement public pour la gestion des reserves foncières**

**De Marc froen :**

- **Ob een soll e recours virum verwaltungsgericht zouiloossen**
- **Artikel 22 mat den entschiedegungen**
- **Wien soll Baugenehmegung erdeelen ??????**
- **Sanktioune froen**